

## **Presseinformation des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) vom 21.10.2016**

Auf Einladung des Integrationsrates der Stadt Göttingen findet die 107. Plenarsitzung des NIR am 29. und 30. Oktober 2016 im Bildungswerk ver:di statt. Der Vorstand des NIR dankt den Verantwortlichen in Göttingen für die Unterstützung der Veranstaltung. Das erste Schwerpunktthema ist die

### **Vorstellung der Studie: "Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2016".**

Aus der aktuellen "Mitte-Studie" zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland liegen jetzt die Ergebnisse vor. Seit 2002 untersucht die Leipziger Arbeitsgruppe um Prof. Dr. Elmar Brähler und PD Dr. Oliver Decker die rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Im Rahmen dieser als "Mitte-Studie" bekannten Erhebung werden im Zwei-Jahres-Rhythmus repräsentative Befragungen durchgeführt, von 2006 bis 2012 in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die aktuell vorliegende Publikation präsentiert die Ergebnisse für 2016.

In der [Studie „Die enthemmte Mitte“ der Universität Leipzig](#) sagten mehr als 40 Prozent der Bürger, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden (2014: 36,6 Prozent). Außerdem sind 49,6 Prozent der Meinung, Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden (2014: 47,1 Prozent). Fast 60 Prozent der Bürger sind der Ansicht, die meisten Asylbewerber hätten in ihrer Heimat nicht wirklich Verfolgung zu befürchten. Und knapp 81 Prozent finden: „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat nicht großzügig sein.“ Jeder Zehnte in Deutschland glaubt, dass wir einen starken Führer brauchen. Ebenso groß ist der Anteil derer, die meinen, Juden hätten einen zu starken Einfluss.

Fast 34 Prozent der Deutschen meinen, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Ausmaß überfremdet“. Und ein gutes Viertel der Bevölkerung findet: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Auch gegen Sinti und Roma richten sich ausgeprägte Aggressionen. Sie neigten zur Kriminalität, meinen 58,5 Prozent der Deutschen. Und etwa die Hälfte der Bevölkerung ist der Ansicht, Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden. Schwule und Lesben sind ebenfalls Zielscheibe solcher Abwertungen.

Menschen mit rechten Einstellungen sind laut Studie zunehmend offen dafür, zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt anzuwenden. Fast 20 Prozent der Befragten erklären, sie seien bereit, sich „mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen“. Mehr als 28 Prozent würden zwar nicht selbst handgreiflich werden, finden es aber „gut, wenn es Leute gibt, die auf diese Weise für Ordnung sorgen“.

Besonders verbreitet sind rechte Positionen und Ressentiments gegen Asylsuchende, Muslime sowie Sinti und Roma bei AfD-Anhängern und Nichtwählern. „Die Rechtsextremen haben in der AfD eine Heimat gefunden“, sagte Decker. Die Wissenschaftler meinen, das Potenzial für rechtspopulistische Parteien sei noch größer als es die Wahlergebnisse bislang zeigten.

Die Ergebnisse der aktuellen "Mitte-Studie" werden am 29. Oktober ab 13:00 Uhr von Prof. Dr. Elmar Brähler vorgestellt.

Im zweiten Schwerpunktthema

### **„Prävention von Rechtsextremismus“**

stellen Dr. Bettina Doering und Ayda Candan die Arbeit des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen vor. Ein interdisziplinäres Team, das sich mit der Prävention von Rechtsextremismus beschäftigt, bietet Vereinen, Verbänden, Institutionen und Einzelpersonen kostenfreie Unterstützung an.

Dazu gehören u. a.:

- Information und Aufklärung über Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit
- Beratung bei rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Vorkommnissen
- Erarbeitung von Handlungsoptionen bei rechtsextremen Aktivitäten vor Ort
- Förderung von Mikroprojekten im Bereich Prävention von Rechtsextremismus und Demokratieförderung

Das Beratungsnetzwerk setzt sich aus staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen, Vereinen und Einzelpersonen zusammen, die aus allen Bereichen der Arbeit für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Wissen und Können bereitstellen. Die Mitglieder des Netzwerks verstehen sich als Multiplikator und Multiplikatorinnen für die Weiterentwicklung der demokratischen Kultur in Niedersachsen sowie der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Einen wichtigen Eckpfeiler ihrer Arbeit bildet die Aufklärung über Menschen- und demokratische Grundrechte. Ratsuchenden kann durch einen proaktiven Ansatz und die gezielte Zusammenarbeit mit Experten und Expertinnen vor Ort schnell und unbürokratisch Unterstützung angeboten werden.

Achim Weber  
Geschäftsführer



Niedersächsischer Integrationsrat  
Geschäftsstelle Bildungsverein  
Wedekindstr. 14, 30161 Hannover  
Tel.: 0511 338 798 54  
Fax: 0511 338 798 42  
[nir@bildungsverein.de](mailto:nir@bildungsverein.de)  
[www.nds-nir.de](http://www.nds-nir.de)